

b) Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland.

Wilhelm I. (1861—1888) von Preußen hatte schon als Prinzregent (seit 1857) vollkommen im Sinne der Kleindeutschen gearbeitet, erzwang 1862 über Rat des Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (1815—1898, Minister, beziehungsweise Reichskanzler 1862—1890) und des Kriegsministers Roon eine weitgehende Armee reform, die Preußen bald in den Besitz der stärksten deutschen Armee setzte. Budgetverweigerung des Abgeordnetenhauses mit absoluter Regierung beantwortet, Militärkonvention mit den norddeutschen Staaten 1862, Vereitelung der österreichischen Bundesreformpläne am Fürstentag zu Frankfurt (1863 statt eines sechsgliedrigen Direktoriums mit österreichischem Vorsitz verlangt Preußen Gleichberechtigung mit Österreich und direkt gewähltes Nationalparlament), 1864 erneuert Preußen den Zollverein. Als Christian IX. von Dänemark (1863 bis 1905) gegen das Londoner Protokoll Schleswig mit Dänemark vereinigt (eiderdänisches Programm), besetzen deutsche Bundestruppen Holstein, Preußen und Österreich erklären den Krieg. Siege der Österreicher unter Gablenz bei Oberselk, Översée, Veile, Erstürmung der Döppler Schanzen durch Preußen unter Wrangel und Prinz Karl, Seegefecht bei Helgoland (Tegetthoff), Jütland und Alsen besetzt, das Londoner Protokoll durch Bismarck als hinfällig erklärt. Friede von Wien: Dänemark tritt Schleswig-Holstein und Lauenburg an Österreich und Preußen ab (1864). Kondominium. Dies führt zum Zwist zwischen Österreich und Preußen, das Februar 1865 Kiel als Marinestation, Militärkonvention mit Schleswig-Holstein und Bau des Nord-Ostseekanals fordert, wogegen Österreich und der erbberechtigte Herzog von Augustenburg protestieren. Gasteiner Konvention spricht die Verwaltung Schlesiens durch Preußen, Holstein durch Österreich aus, Lauenburg wird von Österreich an Preußen verkauft. Die Besetzung Kiels, Rendsburgs durch Preußen und der Nordseekanal muß von Österreich zugestanden werden.